

Instagram-Live: Rechtspolitischer Dialog #1

mit dem Bundesverband rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V. zum Thema „Psychischer Druck im Jurastudium“

Bericht: Simon Schlicksupp (VLJ-BW)

Rechtspolitik ist ein weites Feld – schon allein, weil im demokratischen Rechtsstaat ja beinahe jede politische Entscheidung in die Form (formeller) Gesetze gegossen wird. So ist die „Politik, die sich des Rechts bedient“ geradezu uferlos. Die Rechtspolitik „im engeren Sinn“ dagegen, Gegenstand unserer Vereinigung, befasst sich mit Gesetzen im materiellen Sinne, mit Gesetzgebung, Rechtsprechung, Rechtswirklichkeit. Ein Teilbereich, der bei dieser Definition von Rechtspolitik aber sicher ebenso nicht fehlen darf, wenn er auch wenig öffentlichkeitswirksam und insgesamt eher unterrepräsentiert erscheint, ist die Justizausbildung, das rechtswissenschaftliche Studium und Referendariat. Hier sind weniger politische Gruppierungen und Entscheider präsent, sondern vielmehr die stark ausgeprägten rechtswissenschaftlichen Fachschaften. Zu nennen ist vor allem die Arbeit des Bundesverbands rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V. (kurz: Bundesfachschaft Jura), der seit vielen Jahren das Engagement der einzelnen Universitätsfachschaften bündelt und inhaltliche Positionen zur Reform des Jurastudiums erarbeitet.

Anlässlich der Bundestagswahl 2021 veröffentlichte die Bundesfachschaft einen 5-Punkte-Plan, der konkrete Maßnahmen zur Senkung des psychischen Drucks im Jurastudium ins Auge fasste. Am 21. Dezember 2021 hat sich die aktuelle Vorsitzende der Bundesfachschaft, Kira Kock, dankenswerterweise Zeit genommen und mit unserem Mitglied Simon Schlicksupp über die Forderungen gesprochen. Erörtert wurden dabei die einzelnen Reformvorschläge vom integrierten Bachelor of Law über die Harmonisierung von Freischuss- und Hilfsmittelregelungen, die Einführung des sogenannten Abschichtens bis zum Thema Praktika in der Vorlesungszeit. Dabei soll das Staatsexamen wie auch das Konzept des Einheits- und Volljuristen als historisch bewährter Garant einer hochwertigen Juristenausbildung nicht angetastet werden. Abschließend wurde noch über Umsetzungsperspektiven im Bildungsföderalismus und unter den aktuellen Gegebenheiten, Stichwort Ampel-Koalition, gesprochen. Das Gespräch kann in Gänze auf der Instagram-Seite der Vereinigung Liberaler Juristen (@liberalejuristen_bw) angesehen werden.

Fazit: Das juristische Studium in Deutschland ist sicher eines der besten weltweit, aber auch hier ist aus Sicht der Studentinnen und Studenten noch Potential zur Verbesserung vorhanden. Politische Entscheidungsträger können – und sollten – hier auf die inhaltliche Arbeit der deutschen Jura-Fachschaften zurückgreifen. Diesen Dialog zwischen Politik und Studentenvertretungen herzustellen und aufrechtzuerhalten bleibt als rechtspolitische Vereinigung unser besonderes Anliegen.

Simon Schlicksupp (cand. iur.) studiert Rechtswissenschaft an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen. Als Mitglied der Vereinigung Liberaler Juristen Baden-Württemberg betreut er unseren social-media-Auftritt mit. Besonderes Interesse gilt im Bereich der Rechtspolitik dem Schwerpunkt Juristenausbildung und Reform des Jurastudiums.

